

Aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 23.02.2016

Haushaltsplanentwurf 2016 der Stadt Korntal-Münchingen Wirtschaftsplanentwurf 2016 der Stadtwerke Korntal-Münchingen

- 2. Lesung -

Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge sowie über die seit Einbringung des Haushaltsplans vorgesehenen Änderungen

Antrag 1 (AfD):

Ich beantrage, die Mittel in Höhe von 10.000 € für den Bühnenvorhang in der Stadthalle im Haushalt 2016 ersatzlos zu streichen. Die freiwerdenden Mittel sollen dem Vermögenshaushalt zugeführt werden und zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet werden (Verwaltungshaushalt, Einzelplan 7, S. 231, 1.76710000.501300).

Ergebnis Antrag 1:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag 2 (Freie Wähler):

Die Freien Wähler beantragen für den Haushalt 2016 eine globale Minderausgabe der Personalkosten von 250.000 Euro.

Die Freien Wähler beantragen für den Haushalt 2016 mehrheitlich eine globale Minderausgabe der Sachmittel von 100 000 Euro.

Antrag 3 (CDU):

Verwaltungshaushalt - Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Ua 9100 - Sonstige allg. Finanzwirtschaft - Hhst 880 000 - Globale Minderausgabe Personalausgaben:

Der Ansatz soll auf -250.000 € festgelegt werden.

Antrag 4 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt, die im Verwaltungshaushalt im Einzelplan 9 Unterabschnitt 9100 unter der Position 880000 für Personalausgaben veranschlagte globale Minderausgabe von 100.000 € auf 250.000 € zu erhöhen.

Antrag 5 (CDU):

Verwaltungshaushalt - Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Ua 9100 - Sonstige allg. Finanzwirtschaft - Hhst 880 100 - Globale Minderausgabe allgemeine Sachausgaben:

Der Ansatz soll auf -100.000 € festgelegt werden.

Antrag 6 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt, für allgemeine Sachaufwendungen im Verwaltungshaushalt im Einzelplan 9 Unterabschnitt 9100 eine globale Minderausgabe in Höhe von 100.000 € zu veranschlagen.

Ergebnis Anträge 2 bis 6:

Da die Anträge deckungsgleich sind, wurde gemeinsam darüber abgestimmt. Sie wurden einstimmig beschlossen.

Antrag 7 (CDU):

Vermögenshaushalt – Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung - Ua 1300 - Anschaffung von Fahrzeugen - Hhst 935300 – Kommandowagen:

Die Verpflichtungsermächtigung für den Kommandowagen wird umgewidmet in Einsatzleitwagen und auf 80 000 € erhöht. Der derzeitige Sperrvermerk bleibt erhalten.

Ergebnis Antrag 7:

Einstimmig beschlossen.

Antrag 8 (CDU):

Vermögenshaushalt - Einzelplan 2 - Schulen - Ua 2300 - Gymnasium - Hhst 935 000 - Geräte, Einrichtung:

Der Haushaltsansatz soll um die Höhe der Sondermittel von 3 500 € reduziert werden.

Ergebnis Antrag 8:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 9 (AfD):

Ich beantrage, die Mittel in Höhe von 59.000 € auf der Haushaltsstelle 2.46400001.941000 auf 24.000 € zu reduzieren (Vermögenshaushalt, Einzelplan 4, Seite 310).

Ergebnis Antrag 9:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 10 (AfD):

Ich beantrage, die Mittel in Höhe von 100.000 € für die Verbesserung der Fußgängerquerung am Bahnübergang Stuttgarter Straße im Haushaltsjahr 2016 zu streichen. Die korrespondierenden Zuschüsse im Unterabschnitt 63000012 müssen ebenfalls gestrichen werden (Vermögenshaushalt, Einzelplan 6, S. 345, 2.630000012.951300).

Ergebnis Antrag 10:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag 11 (CDU):

Vermögenshaushalt - Einzelplan 6 - Bau und Wohnungswesen, Verkehr - Ua 6750 - Straßenreinigung - Hhst 935 000 - Geräte und Einrichtungen und Einzelplan 7 - Öffentlich Einrichtungen, Wirtschaftsförderung - Ua 7700 - Hilfsbetrieb der Verwaltung - Bauhof - Hhst 935 000 - Geräte und Einrichtungen und 941 000 - bauliche Verbesserung:

Es ist bei beiden Unterabschnitten zu prüfen, ob die angedachten Haushaltsansätze nicht sinnvollerweise bis nach dem angedachten Wirtschaftlichkeitsgutachten des Bauhofes mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten.

Ergebnis Antrag 11:

Die im Haushalt eingestellten Mittel für die bauliche Verbesserung (Errichtung einer Lagerhalle) wurden von Seiten der Verwaltung gestrichen, weil das Projekt zurück gestellt werden kann. Im Übrigen wurde der Antrag im Rahmen der Diskussion geändert und in zwei Teilen zur Abstimmung gestellt:

Antrag 11 Teil 1:

Im Vermögenshaushalt, Einzelplan 6, Bau und Wohnungswesen, Verkehr, Ua 6750, Straßenreinigung, Hhst 935 000, Geräte und Einrichtungen soll ein Sperrvermerk gesetzt werden, dass vor einer Entscheidung über die Anschaffung die Organisationsuntersuchung beim Bauhof abzuwarten ist.

Ergebnis Antrag 11 Teil 1:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag 11 Teil 2:

Im Vermögenshaushalt, Einzelplan 7, Öffentlich Einrichtungen, Wirtschaftsförderung, Ua 7700, Hilfsbetrieb der Verwaltung, Bauhof, Hhst 935 000, Geräte und Einrichtungen soll ein Sperrvermerk gesetzt werden, dass vor einer Entscheidung über die Anschaffung die Organisationsuntersuchung beim Bauhof abzuwarten ist.

Ergebnis Antrag 11 Teil 2:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 12 (CDU):

Vermögenshaushalt - Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung - Ua 7970 - Förderung des ÖPNV - Hhst 941 000 - Verlegung Bushaltestelle Schwieberdinger Strasse:

Die Verpflichtungsermächtigung zur Verlegung der Bushaltestelle in der Schwieberdinger Strasse wird ersatzlos gestrichen.

Ergebnis Antrag 12:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 13 (AfD):

Ich beantrage, die erwartete Konzessionsabgabe in Höhe von 95.000 € für das Jahr 2015 aus dem Betriebszweig Wasserversorgung der Stadtwerke nicht der Rücklage des Betriebszweigs Wasserversorgung zuzuführen, sondern im städtischen Haushalt zu belassen und damit die benötigte Kreditaufnahme zu verringern (Vermögenshaushalt, Einzelplan 8, Seite 373, 2.81500001.930000).

Antrag 14 (AfD):

Ich beantrage, die erwartete Konzessionsabgabe in Höhe von 8.000 € für das Jahr 2015 aus dem Betriebszweig Wärmeversorgung der Stadtwerke nicht der Rücklage des Betriebszweigs Wärmeversorgung zuzuführen, sondern im städtischen Haushalt zu belassen und damit die benötigte Kreditaufnahme zu verringern (Vermögenshaushalt, Einzelplan 8, Seite 374, 2.81650001.930000).

Ergebnis Anträge 13 und 14:

Die Anträge wurden in der Sitzung zurückgezogen.

Antrag 15 (Freie Wähler):

Die Fraktion der Freien Wähler beantragt, dass bei der nächsten Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung für die Schulentwicklung ein Betrag von insgesamt 6 Mio. Euro ab dem Jahr 2017 aufgenommen wird.

Antrag 16 (AfD):

Ich beantrage, in der mittelfristigen Finanzplanung Mittel für die Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen.

Ergebnis Anträge 15 und 16:

Die Anträge wurden abgelehnt, da zunächst die Kosten für die Maßnahmen ermittelt werden sollen und eine Aufnahme der benötigten Mittel im Haushalt 2017 vorgesehen ist.

Antrag 17 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt, an der Bushaltestelle „Sportzentrum“ eine Beleuchtung anzubringen.

Ergebnis Antrag 17:

Einstimmig beschlossen.

Antrag 18 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt, im Zuge der nach unserer Auffassung veranlassten Verhandlungen über die Optimierung des Nachtbuskonzepts zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Anbindung von Kallenberg und Müllerheim an den ÖPNV realisiert werden kann und gegebenenfalls auf die Behebung dieses Defizits hinzuwirken.

Ergebnis Antrag 18:

Einstimmig beschlossen.

Antrag 19 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt, zu prüfen, ob und in welcher Form in unserer Stadt eine Tagespflegeeinrichtung - gegebenenfalls mit Unterstützung oder in Verantwortung privater Träger - neu initiiert beziehungsweise wiederbelebt werden kann.

Ergebnis Antrag 19:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 20 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein kommunales wohnungspolitisches Konzept zu erstellen, das bezahlbare Wohn- und Siedlungsflächen vorsieht und deren Realisierung ermöglicht.

Ergebnis Antrag 20:
Einstimmig beschlossen.

Antrag 21 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt, die - seit geraumer Zeit nicht mehr auf einer aktuellen und damit tragfähigen Tatsachengrundlage beruhende - Konzeption der Altenhilfe fortzuschreiben, um die erforderlichen Versorgungsstrukturen auch in Zukunft bedarfsgerecht entwickeln und anbieten und hierdurch die Lebensbedingungen für die älteren Mitbürger in unserer Stadt nachhaltig verbessern zu können.

Ergebnis Antrag 21:

Die Verwaltung sagte zu, zunächst in einem Sachstandsbericht im Gemeinderat über das Thema zu berichten. Die Antragsteller erklärten sich hiermit einverstanden.

Antrag 22 (SPD):

Die SPD-Fraktion beantragt:

Die Stadt Korntal-Münchingen soll als Mitglied des Zweckverbandes Strohgäubahn und in anderer Form mit Nachdruck darauf drängen, dass eine Durchbindung der Strohgäubahn bis nach Feuerbach realisiert wird.

Ergebnis Antrag 22:

Einstimmig beschlossen.

Antrag 23 (Freie Wähler):

Die Freien Wähler beantragen gesellschaftlich und sozial aktive Vereine - mit mehr als 100 Mitgliedern - bei den Freiveranstaltungen im Widdumhof (ggf. auch Stadthalle) genauso zu berücksichtigen wie andere namentlich genannte Vereine, Organisationen und Zusammenschlüsse laut Vereinsförderungs-Statut (ab S. 10, Nutzung der öffentlichen Räume), sofern diese Vereine eine Freistellung des Finanzamts für „Sozial, Mildtätig oder Wohlfahrtspflege“ haben.

Der Antrag wurde im Rahmen der Diskussion folgendermaßen geändert:

Die Freien Wähler beantragen, gesellschaftlich und sozial aktive Vereine **mit Sitz in Korntal-Münchingen –mit mehr als 100 Mitgliedern–** bei den Freiveranstaltungen im Widdumhof (ggf. auch Stadthalle) genauso zu berücksichtigen wie andere namentlich genannte Vereine, Organisationen und Zusammenschlüsse laut Vereinsförderungs-Statut (ab S. 10, Nutzung der öffentlichen Räume), sofern diese Vereine eine Freistellung des Finanzamts für „Sozial, Mildtätig oder Wohlfahrtspflege“ haben.

Ergebnis Antrag 23:

Einstimmig beschlossen.

Antrag 24 (Grüne):

Wir beantragen:

Die Stadt Korntal-Münchingen erstellt einen Bericht zum „Integrierten Klimaschutzkonzept“ der Stadt Korntal-Münchingen. Dieser soll den derzeitigen Status des Erreichten zeigen und einen Ausblick auf die nächsten Jahre geben.

Ergebnis Antrag 24:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 25 (Grüne):

Wir beantragen:

Die Stadt Korntal-Münchingen erlässt eine kommunale Baumschutzsatzung.

Ergebnis Antrag 25:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag 26 (Grüne):

Wir beantragen:

Die Stadt erstellt ein Mobilitätskonzept für die Stadt unter angemessener Berücksichtigung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs und des ÖPNV.

Der Antrag wurde im Rahmen der Diskussion folgendermaßen geändert:

Die Punkte des Integrativen Klimaschutzkonzeptes, das der Landkreis erstellt hat, sollen im Hinblick auf die darin enthaltenen Hinweise zum Mobilitätskonzept auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.

Ergebnis Antrag 26:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 27 (Grüne):

Wir beantragen:

Bei allen Beratungsunterlagen des Gemeinderats sind nicht nur die haushaltsrechtlichen Auswirkungen darzustellen sondern auch die Auswirkungen auf den Klimaschutz (insbesondere auf den CO₂-Ausstoß).

Der Antrag wurde im Rahmen der Diskussion folgendermaßen geändert:

Bei allen Beratungsunterlagen des Gemeinderats **im Bereich der baulichen Maßnahmen im Hochbau, Sanierung und Neubau** sind nicht nur die haushaltsrechtlichen Auswirkungen darzustellen sondern auch die Auswirkungen auf den Klimaschutz (insbesondere auf den CO₂-Ausstoß).

Ergebnis Antrag 27:

Mehrheitlich beschlossen.

Antrag 28 (FDP):

Die Verwaltung eruiert welche Kosten anfallen, um für das Stadtgebiet ein Beleuchtungskonzept zu erstellen.

Ergebnis Antrag 28:

Einstimmig beschlossen.

Beschlussantrag der Verwaltung:

- 1.1 Die seit der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs vorgenommenen Änderungen – zusammengefasst in den Änderungen vom 31.01.2016 – werden gebilligt.
- 1.2 Über die zum Haushaltsplan-Entwurf 2016 eingegangenen Anträge ist zu beraten und, soweit erforderlich, Beschluss zu fassen.

Ergebnis Beschlussantrag der Verwaltung:

Einstimmig beschlossen.